

Vor ihrer Europa-Reise lässt die US-Außenministerin Condoleezza Rice auf einer Pressekonferenz in den USA die Katze aus dem Sack: Die CIA darf weiter entführen und foltern!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 048/05 – 07.12.05**

US-Außenminister und ihre Probleme mit der Wahrheit

Wir erinnern uns noch an den Auftritt des US-Außenministers Colin Powell vor der UNO, als er mit Lügenmärchen über erfundene Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins und gefälschten Bildern von fahrbaren "Biowaffenlaboren" die Welt von der Notwendigkeit eines Krieges gegen den Irak überzeugen wollte. Seine Nachfolgerin Condoleezza Rice tritt unbeeindruckt von der verheerenden Wirkung des damaligen Betrugsmanövers in seine Fußstapfen. Die Glaubwürdigkeit dieser Dame können Sie selbst überprüfen. Wir haben die Erklärung, die sie vor ihrer Europareise abgegeben hat, nach dem von ihrem Ministerium verbreiteten Text (www.state.gov/secretary/rm/2005/57602.htm) komplett übersetzt und abschnittsweise mit kursiv gedruckten Kommentaren versehen. In ihrem Redetext in Klammern stehende Erläuterungen hat der Übersetzer hinzugefügt.

US-Außenministerium, Ministerin Condoleezza Rice

Andrews Air Force Base, 05. Dezember 2005

Bemerkungen vor ihrer Europa-Reise

Guten Morgen. Wir haben Anfragen von der Europäischen Union, dem Europarat und mehreren einzelnen Ländern zu Medienberichten über die Kriegsführung der USA im Krieg gegen den Terror erhalten. Ich werde jetzt, weil ich heute nach Europa abreise, auf diese Anfragen antworten. Das wird im Wesentlichen auch der Inhalt des Briefes sein, den ich an Außenminister Straw senden werde, der für die Europäische Gemeinschaft angefragt hat, weil Großbritannien dort zur Zeit den Vorsitz innehat.

***Kommentar:** Es ist nicht gerade die feine diplomatische Art, schriftliche Anfragen europäischer Partner, ehe die Antwortschreiben abgeschickt sind, schon vor Vertretern der US-Medien zu beantworten. Damit werden alle europäischen Bedenken gegen die völkerrechtswidrige Kriegs- und Folterpolitik der USA einfach beiseite geschoben. Die US-Regierung lässt sich nicht ins Gewissen reden, basta!*

Die Vereinigten Staaten und viele andere Länder führen einen Krieg gegen den Terrorismus. Unser Land führt diesen Krieg in Form konventioneller militärischer Operationen, wie in Afghanistan und im Irak. Manchmal ist dies ein politischer Kampf, ein Krieg der Ideen. Es ist auch ein Kampf, den unsere Agenturen zur Erzwingung des Rechts (law enforcement agencies) führen. Oft greifen wir den Feind durch Zusammenarbeit unserer Geheimdienste mit ihren ausländischen Partnern an.

Wir müssen Terroristen in Gegenden aufspüren, wo Regierungen nicht effektiv handeln können. einschließlich solcher, wo Terroristen nicht durch normale rechtliche Prozesse erreicht werden können. An solchen Orten haben Terroristen die Tötung Tausender Unschuldiger geplant – in New York oder Nairobi, auf Bali oder in London, in Madrid oder Beslan, in Casablanca oder Istanbul. Gerade vor zwei Wochen habe ich einen Tanzsaal in einem Hotel in Amman besucht und die stummen zerschmetterten Zeugnisse eines solchen Angriffs angesehen.

***Kommentar:** Die US-Administration will immer und überall auch ohne Rücksprache mit den jeweils zuständigen Regierungen als selbsternannte Weltpolizei agieren und gibt ge-*

zielten Menschenraub durch Geheimdienstgreiftrupps offen zu.

Die Vereinigten Staaten und jene Länder, welche die Verpflichtung zum Schutz ihrer Bürger teilen, werden jede gesetzlich erlaubte Waffe nutzen, um diese Terroristen zu besiegen. Bürger zu schützen, ist die erste und älteste Pflicht jedes Staates. Manchmal werden diese Anstrengungen missverstanden. Ich möchte Ihnen allen helfen, die harten Entscheidungen, die dabei getroffen werden müssen und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten zu verstehen.

Eine schwierige Entscheidung in dieser neuen Konfliktart ist, was mit eingefangenen Individuen gemacht werden soll, von denen wir wissen oder vermuten, dass es Terroristen sind. Die Individuen kommen aus vielen Ländern und werden oft weit weg von zu Hause ergriffen. Darunter sind Staatenlose, die sich nur der extremistischen Sache des internationalen Terrorismus verpflichtet fühlen. Viele sind extrem gefährlich. Und einige haben Informationen, die Leben retten könnten, vielleicht sogar Tausende von Leben. Die eingefangenen Terroristen des 21. Jahrhunderts passen einfach nicht in die traditionellen Systeme der Kriminal- oder Militärjustiz, die für verschiedene Zwecke eingerichtet wurden. Das müssen wir einsehen. Auch andere Regierungen sehen sich jetzt dieser Herausforderung gegenüber.

Wir betrachten die eingefangenen Al Qaida-Mitglieder und ihre Kumpane als Kombattanten, die außerhalb des Rechts stehen, die in Übereinstimmung mit dem Kriegsrecht festgehalten werden können, um sie daran zu hindern, Unschuldige zu töten. Wir müssen sie in Übereinstimmung mit unseren Gesetzen behandeln, welche die Werte des amerikanischen Volkes widerspiegeln. Wir müssen sie befragen, um potentiell bedeutsame, lebensrettende Geheimnisse zu erfahren. Wir müssen Terroristen vor Gericht bringen, wo immer das möglich ist.

Kommentar: *Die hier vertretene Rechtsauffassung erinnert an das Faustrecht des Wilden Westens. "Terrorverdächtige" sind vogelfrei. Der US-Geheimdienst darf sie jederzeit kidnappen und in geheime "black sites" verschleppen. US-Selbstjustiz geht nach Auffassung der US-Außenministerin vor Völkerrecht.*

Seit Jahrzehnten haben die Vereinigten Staaten und andere Länder "Renditions" (Diese illegalen Aktionen wurden bisher mit "Überstellungen" oder "Verschickungen" übersetzt, sollten aber künftig mit der originalen CIA-Bezeichnung benannt werden!) benutzt, um Terrorismusverdächtige aus dem Land, in dem sie ergriffen wurden, in ihr Heimatland oder ein anderes Land zu transportieren, wo man sie befragen, einsperren oder vor Gericht bringen kann.

In manchen Situationen kann ein Terrorismusverdächtiger in Übereinstimmung mit traditionellen juristischen Prozeduren ausgeliefert werden. Aber es gibt schon seit Langem viele andere Fälle, in denen aus irgendeinem Grund die zuständige Regierung einen Verdächtigen nicht festnehmen oder anklagen kann und die traditionelle Auslieferung keine gute Option ist. In diesen Fällen kann die zuständige Regierung die souveräne Wahl treffen, bei einer "Rendition" zu kooperieren. Solche "Renditions" sind nach internationalem Recht zulässig und stimmen mit den Verantwortlichkeiten jener Regierungen, ihre Bürger zu schützen, überein.

"Rendition" ist ein lebenswichtiges Werkzeug im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus. Sie wird nicht nur von den Vereinigten Staaten oder ihrer gegenwärtigen Regierung benutzt. Im letzten Jahr hat der damalige Direktor der CIA daran erinnert, dass unsere früheren Erfolge gegen den Terrorismus auch der "Rendition" von vielen Dutzend Terroristen vor dem 11. September 2001 zu verdanken sind.

- Ramzi Youssef, der 1993 den Bombenanschlag auf das World Trade Center eingefädelt hat, und plante, Flugzeuge über dem Pazifischen Ozean explodieren zu lassen, hat beim Test einer seiner Bomben einen japanischen Fluggast getötet. Als er aufgespürt worden war, wurde er durch eine "Rendition" in die Vereinigten Staaten

verbracht, wo er jetzt eine lebenslange Strafe absitzt.

- Einer der infamsten Terroristen der Geschichte, als "Carlos, der Schakal", bestens bekannt, war an Morden in Europa und im Mittleren Osten beteiligt. Schließlich wurde er 1994 im Sudan ergriffen. Eine von der französischen Regierung veranlasste "Rendition" brachte ihn vor die Justiz in Frankreich, wo er jetzt einsitzt. Die europäische Menschenrechtskommission hat damals seinen Einwand, die "Rendition" aus dem Sudan sei ungesetzlich gewesen, zurückgewiesen.

"Renditions" setzen Terroristen außer Gefecht und retten Leben. Bei der Durchführung solcher "Renditions" ist es die Politik der Vereinigten Staaten und, wie ich annehme, aller anderen Demokratien, die diese Prozedur anwenden, sich an ihre Gesetze und ihre Vertragsverpflichtungen zu halten, einschließlich derer, die aus der Konvention gegen Folter erwachsen. Die Vereinigten Staaten erlauben, dulden oder verzeihen Folter unter keinen Umständen - überdies in Übereinstimmung mit der Politik dieser Administration:

- Die Vereinigten Staaten haben bisher und werden auch weiterhin die Souveränität anderer Länder respektieren.
- Die Vereinigten Staaten transportieren Häftlinge nicht von einem Land in ein anderes zum Zweck eines Verhörs unter Folter und haben das auch bisher nicht getan.
- Die Vereinigten Staaten benutzen weder den Luftraum noch die Flughäfen irgendeines Landes zum Zweck des Transports eines Häftlings in ein Land, wo er oder sie gefoltert werden wird.
- Die Vereinigten Staaten haben niemand transportiert und werden auch niemand in ein Land transportieren, wenn wir glauben, dass er dort gefoltert werden wird.

Kommentar: "Rendition" ist also ein von US-Regierungen seit Jahrzehnten betriebenes Verfahren, das mit einer Lüge auch noch als rechtmäßig dargestellt wird. "Renditions" sind nach internationalem Recht keinesfalls zulässig. Das "Übereinkommen gegen Folter" vom 10.12.84 (Antifolter-Konvention) legt in Art. 3 fest: "Ein Vertragsstaat darf eine Person nicht in einen anderen Staat ausweisen, abschieben oder an diesen ausliefern, wenn stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass sie dort Gefahr laufe, gefoltert zu werden." Wenn schon solche legalen Maßnahmen bei Folterverdacht ausgeschlossen sind, gilt das natürlich erst recht für illegale Entführungen. Was ist das für eine "souveräne Wahl", wenn sich eine Regierung nur zwischen Duldung und Unterstützung völkerrechtswidriger Machenschaften der USA entscheiden kann. Jede Regierung, die nicht gegen ihr bekannt gewordene "Renditions" einschreitet, lässt sich zum Mitwisser und Spießgesellen machen. Auch durch die Duldung von Verstößen gegen das Völkerrecht, wird das Völkerrecht gebrochen.

Die "Washington Post" hat am 06.12.05 berichtet, dass der von der CIA in Mailand gekidnappte, über Ramstein ausgeflogene Abu Omar bereits von den italienischen Sicherheitsbehörden überwacht wurde und die CIA seine Entführung mit der Lüge, er halte sich nach ihren Informationen auf dem Balkan auf, zu vertuschen versuchte. Die Behauptung, die US-Regierung respektiere die Souveränität anderer Staaten ist vor diesem Hintergrund geradezu lächerlich.

Auch die wiederholten Versicherungen, die US-Regierung dulde keine Folter, sind schlicht gelogen. Wir haben in LP 045/05 an Hand originaler US-Quellen das Gegenteil nachgewiesen.

Das internationale Recht erlaubt einem Staat, feindliche Kombattanten für die Dauer der Feindseligkeiten zu inhaftieren. Häftlinge dürfen nur für eine längere Zeit eingesperrt bleiben, wenn geheimdienstliche oder andere Beweise sorgfältig überprüft wurden und zu dem Beschluss geführt haben, die Haft sei rechtmäßig. Die USA halten jemand nur fest, um geheimdienstliche oder sonstige Beweise gegen ihn zu überprüfen, um weitere terroristische Akte zu verhindern oder um ein Gerichtsverfahren vorzubereiten. Mit Respekt vor den Häftlingen handelt die Regierung der Vereinigten Staaten in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung, ihren Gesetzen und ihren vertraglichen Verpflichtungen. Akte physischer

oder mentaler Folter sind ausdrücklich verboten. Die Regierung der Vereinigten Staaten autorisiert und verzeiht die Folterung von Häftlingen nicht. Folter und die Verabredung zur Folter sind nach US-Recht Verbrechen, wo immer auf der Welt sie geschehen mögen. Verletzungen dieser oder anderer Haftbedingungen wurden untersucht und bestraft. Es gab Fälle von rechtswidriger Behandlung von Gefangenen, wie die Beleidigung eines Häftlings durch einen Geheimdienstangestellten in Afghanistan oder die schrecklichen Misshandlungen einiger Gefangener in Abu Ghraib, die uns alle angewidert haben und die aus den verschiedenen Zuständigkeiten in dem bewaffneten Konflikt im Irak erwachsen sind. In diesen Fällen haben die Vereinigten Staaten mit allem Nachdruck nachgeforscht, und, wo es zweckdienlich war, die Verantwortlichen angeklagt und bestraft. Einige Individuen wurden schon zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt; andere wurden degradiert oder erhielten Verweise.

Kommentar: *Zu ähnlichen, bei ihrem Berlinbesuch gemachten Äußerungen schreibt die 'Washington Post' am 06.12.05: "Frau Rice bestand darauf, dass die US-Regierung 'Folter von Häftlingen weder autorisiere noch verzeihe'. Was sie nicht sagte, ist, dass Präsident Bushs politische Handlanger die Bezeichnung 'Folter' so umdefiniert haben, dass Praktiken, wie simuliertes Ertränken, Scheinhinrichtungen und 'kalte Zellen' nicht mehr dazu gehören, obwohl sie vorher von Behörden wie dem Außenministerium als verboten angesehen worden waren. ... Was sie auch nicht erklärte, ist, dass nach der exzentrischen Definition der US-Regierung von 'US-Verpflichtungen' grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung nicht verboten ist, wenn sie nicht auf US-Territorium geschieht." Die "rechtmäßige Untersuchungshaft" nach US-Muster ist durch die entwürdigende Behandlung der Gefangenen in Guantánamo hinlänglich bekannt. Die "nachdrücklichen Nachforschungen" erinnern an "brutalst mögliche Aufklärung" in unserem Land. Bei der Bestrafung von Leuten, die foltern oder die Folter anordnen, wird wirklich genau beachtet, was zweckdienlich ist. In Abu Ghraib hatten sich nur die auf den schrecklichen Bildern erkennbaren Folterer zu verantworten. Kriegsminister Rumsfeld und Generalleutnant Ricardo S. Sanchez- damals Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen im Irak – die beide die Foltermethoden verschärft und angeordnet hatten, blieben unbehelligt.*

Wie CIA-Direktor Goss kürzlich feststellte, haben unsere Geheimdienste sich bemüht, von einer sehr kleinen Anzahl extrem gefährlicher Häftlinge Erkenntnisse zu gewinnen, darunter die Individuen, welche die Angriffe des 11.9. in den Vereinigten Staaten, den Angriff auf die U.S.S. Cole (Kriegsschiff) und viele andere Morde und versuchte Morde geplant haben. Es ist die Politik der Vereinigten Staaten, dass diese Verhöre nach US-Recht und vertraglichen Verpflichtungen geführt werden, ohne dabei Folter zu benutzen. Es ist auch US-Politik, dass autorisierte Befragung mit US-Verpflichtungen gegenüber der Konvention gegen Folter übereinstimmt, die grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung verbietet. Die Auskünfte, die so gesammelt wurden, haben terroristische Angriffe gestoppt und unschuldige Leben gerettet – sowohl in Europa, als auch in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern. Die Vereinigten Staaten haben die Souveränität anderer Länder, die in diesen Angelegenheiten kooperieren, immer geachtet.

Kommentar: *Die Behauptung, durch CIA-Verhöre der bekannten Art seien weitere schlimme Attentate verhindert worden, wird durch keinen einzigen konkreten Fall belegt. Hätten die US-Geheimdienste hier wirklich Erfolge aufzuweisen, wären diese nach den vorherigen Pleiten sicher mit großem Mediengetöse ausposaunt worden. Außerdem legt die Antifolter Konvention in Art. 15 fest: "Jeder Vertragsstaat trägt dafür Sorge, dass Aussagen, die nachweislich durch Folter herbeigeführt worden sind, nicht als Beweis in einem Verfahren verwendet werden, es sei denn, gegen eine der Folter angeklagte Person als Beweis dafür, dass die Aussage gemacht wurde."*

Wie dieser Krieg gegen den Terrorismus traditionelle Normen und Präzedenzfälle früherer Konflikte in Frage stellt, haben unsere Bürger darüber diskutiert und debattiert, welche

passenden rechtlichen Standards hier anzuwenden wären. Präsident Bush arbeitet mit dem US-Kongress zusammen, um zu guten Lösungen zu kommen. Ich möchte einige Schlüsselbegriffe betonen:

Die Vereinigten Staaten sind ein Rechtsstaat. Meine Kollegen und ich haben geschworen, die Verfassung zu achten und zu verteidigen. Wir glauben an die Regeln des Rechts.

Die Vereinigten Staaten müssen ihre Bürger schützen. Wir und unsere Freunde in der ganzen Welt haben die Verantwortung, zur Zusammenarbeit beim Finden praktikabler Wege, um uns gegen erbarmungslose Feinde zu verteidigen. Und diese Terroristen gehören zu den erbarmungslosesten Feinden, die wir uns vorstellen können.

Wir können Informationen, die den Erfolg geheimdienstlicher, juristischer oder militärischer Operationen gefährden würden, nicht diskutieren. Wir erwarten, dass andere Nationen diese Ansicht teilen.

Kommentar: *Mit diesen wohlklingenden Formulierungen möchte Frau Rice darüber hinwegtäuschen, dass Präsident Bush mit allen Mitteln versucht, ein vom Kongress beschlossenes Folterverbot zu kippen, und dass sein Vize Cheney der CIA auf jeden Fall das Foltern auch in Zukunft erlauben möchte. Natürlich will die US-Außenministerin erreichen, dass Verabredungen zwischen beteiligten Geheimdiensten zu Rechtsbrüchen verborgen bleiben. Darum war sie sicher sehr erfreut, von Angela Merkel zu hören, die CIA-Masri-Affäre werde nur vom zur Verschwiegenheit verpflichteten Kontrollausschuss des Bundestages untersucht. Rechtsstaaten verdienen diesen Namen nur, wenn sie auch gegen terroristische Verbrechen nur mit rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen. Unrecht schafft immer nur neues Unrecht.*

Einige Regierungen haben die Wahl getroffen, mit den Vereinigten Staaten zu kooperieren – in geheimdienstlichen, das Recht durchsetzenden oder militärischen Angelegenheiten. Diese Kooperation ist eine Zweibahn-Strasse. Wir teilen mit ihnen Geheimdiensterkenntnisse, die geholfen haben europäische Länder vor Angriffen zu schützen und europäische Leben zu retten.

Es liegt an diesen Regierungen und ihren Bürgern, zu entscheiden, ob sie mit uns zusammenarbeiten wollen, um terroristische Angriffe gegen ihr Land oder andere Länder zu vermeiden, und zu entscheiden, wie viele sensible Informationen sie öffentlich bekannt geben können. Sie haben ein souveränes Recht, ihre Wahl zu treffen.

Debatten in und zwischen Demokratien sind natürlich und gesund. Ich hoffe, dass diese Debatte auch einen gesunden Blick auf die Verantwortlichkeiten von Regierungen für den Schutz ihrer Bürger einschließt.

Kommentar: *Zwei der Länder, welche die Wahl getroffen haben, im Irak-Krieg besonders eng mit den USA zu kooperieren – Spanien und Großbritannien – haben bereits besonders schwere Terroranschläge erlitten. Die Zusammenarbeit hat in beiden Fällen kein Leben gerettet, sondern viele Leben gekostet. Müssten da nicht Länder, die sich souverän gegen eine Zusammenarbeit mit US-Geheimdiensten entscheiden und deren Rechtsverstöße nicht vertuschen, sondern aufklären und die Schuldigen anklagen, ganz von Anschlägen verschont bleiben? Nach der Logik der Frau Rice wären diese "unwilligen" Länder aber eher besonders gefährdet. Fragt sich nur, wer dann eventuelle Anschläge inszeniert?*

Vier Jahre nach dem 11. September fragt uns die Mehrheit unserer Bevölkerung, ob wir alles tun, was wir können, um sie zu schützen. Ich weiß, was es heißt, sich einer Befragung zu stellen, ob alles was getan werden konnte, auch getan worden ist. Deshalb müssen wir jetzt vor dem nächsten Angriff alle die schweren Entscheidungen berücksichtigen, vor denen demokratische Regierungen stehen. Und wir können dieser Gefahr alle am besten begegnen, wenn wir zusammenarbeiten.

Kommentar: *Wie sich die US-Regierung diese "Zusammenarbeit" vorstellt, hat die US-Außenministerin bei ihrem Besuch in Berlin überdeutlich gemacht: Kritik an den völker-*

rechtswidrigen Kriegen der US-Regierung, den Kriegsverbrechen der US-Armee und den Rechtsbrüchen der CIA ist unerwünscht. Dazu gibt es auch keine öffentlichen Stellungnahmen. Geredet werden darf darüber allenfalls hinter verschlossenen Türen und in geheimen Zirkeln. Fehler will man angeblich berichtigen, lässt das aber im konkret angesprochenen Fall Masri sofort wieder dementieren.

Unsere neue Bundeskanzlerin hat die große Chance für einen wirklichen Neubeginn in den deutsch-amerikanischen Beziehungen vertan. Sie hat weder die Folterflüge und Übergriffe der CIA zurückgewiesen, noch die ständigen Verstöße der US-Stationierungstruppen auf unserem Boden gegen das Völkerrecht, unsere Souveränität und unsere Verfassung offen zur Sprache gebracht. Stattdessen setzt sie das Gemauschel der alten Regierung fort. Offen zu Tage liegende Probleme, die durch die rücksichtslose Politik der Bush-Regierung entstanden sind, sollen nicht im Bundestag, sondern nur im zur Verschwiegenheit verpflichteten Ausschuss zur Kontrolle der Geheimdienste behandelt werden. Die äußerlich souverän wirkende Frau Merkel begibt sich auf eine sehr abschüssige Strasse, wenn sie schon gleich am Anfang ihrer Amtszeit Verletzungen der Souveränität der Bundesrepublik Deutschlands ungerügt hinnimmt und unsere Volksvertretung, den Bundestag, aus überlebenswichtigen Entscheidungen herauszuhalten versucht. Wenn sie aus Rücksichtnahme auf ihren Koalitionspartner SPD alle verdeckten Zugeständnisse an die USA und die sich daraus ergebenden Mauseheleien der vorherigen Regierung zu vertuschen versucht, auch um Mitglieder ihrer jetzigen Regierung nicht bloßzustellen, wird sie sehr bald sehr tief stürzen.

Unter der Überschrift „Skepsis scheint das Vertrauen der Europäer in Rice zu zerfressen“ schreibt die "New York Times" am 07.12.05: "Die Europäer sehen die terroristische Bedrohung sehr deutlich, aber dass die Bush-Administration demokratische Standards und internationales Recht missachtet, stachelt ihrer Ansicht nach zu mehr und nicht zu weniger Terrorismus auf."

In der "Washington Post" vom 06.12.05 ist unter der Überschrift "Eine schwache Verteidigung" zu lesen: "Die Bush-Administration kann sicher nicht erwarten, dass die Empörung in europäischen Ländern, einschließlich zuverlässiger Verbündeter wie Großbritannien, durch solche haarspalterischen Gespinste gedämpft werden kann. Der politische Rückschlag wächst noch, und der Schaden könnte beträchtlich sein. So sind zum Beispiel die Pläne der neuen deutschen Kanzlerin Angela Merkel, wieder enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufzubauen, durch die aufkommenden Berichte über eine deutsche Beteiligung an "CIA-Renditions" ernsthaft bedroht."

Da hilft kein "Augen zu und durch!", alle Vorfälle müssen vor der deutschen Öffentlichkeit restlos aufgeklärt und alle Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Jede deutsche Regierung muss zuallererst die Interessen deutscher Staatsbürger vertreten und dafür sorgen, dass alle, die sich auf oder über unserem Territorium bewegen, unsere Verfassung und unsere Gesetze achten.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern